



Jahresbericht 1999

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.
World Economy, Ecology & Development

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
EINLEITUNG.....	1
PROJEKTE UND THEMENSCHWERPUNKTE.....	2
G 7-Gipfel, Köln 1999	2
Verschuldung	3
Internationale Finanzordnung	4
Global Governance	4
Weltbank / Strukturanpassung.....	5
Weltmarktregulation.....	6
Hermes-Kampagne.....	6
EU-Nord-Süd-Politik	7
UNO-Politik	8
„Debate 21“	8
World Commission on Dams (WCD)	9
Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung	9
VORSTAND UND MITARBEITERINNEN 1999	10
FINANZEN 1998.....	11
WEED-PUBLIKATIONEN 1999	14

IMPRESSUM

Jahresbericht 1999

WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.
Bertha-von-Suttner-Platz 13
D-53111 Bonn
Tel: 0228 – 766 13-0
Fax: 0228-69 64 70
E-Mail: weed@weedbonn.org
Internet: www.weedbonn.org

Bonn, August 1999

Einleitung

Es ist ungewöhnlich bereits Ende August das politische Jahr 1999 zu bilanzieren. Wir wollen damit keinesfalls den Eindruck erwecken, mit den Großereignissen Kölner Weltwirtschaftsgipfel und der EU-Präsidentschaft, die uns besonders im ersten Halbjahr 1999 herausgefordert haben, sei für dieses Jahr schon alles gelaufen. Verhehlen möchten der Vorstand und die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der WEED-Geschäftsstelle nicht, dass nach der größten Aktion in der nunmehr neunjährigen WEED-Geschichte, nach soviel Engagement und Umtriebigkeit weniger Hektik ganz willkommen ist und wir die zweite Jahreshälfte etwas ruhiger angehen und mehr für konzeptionelle Vorarbeiten für politische Aktivitäten des kommenden Jahres nutzen möchten.

Im Folgenden werden die einzelnen Themenschwerpunkte und Projekte zum Teil sehr ausführlich dargestellt. An dieser Stelle möchte ich mehr von denjenigen politischen Rahmenbedingungen sprechen, die unsere Arbeit geprägt und beeinflusst haben, ohne dass sie ausdrücklich in den einzelnen Berichten zu den Arbeitsschwerpunkten zur Sprache kommen.

Der rot-grüne Regierungsantritt hat auch bei uns einige Hoffnungen nach neuen nord-südpolitischen Initiativen geweckt. Nicht zuletzt weil einige unserer langjährigen Arbeitsschwerpunkte Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hatten. Nach einem Jahr Rot-Grün ist Ernüchterung eingeleitet. Zwar hat sich die Schlagzahl der Gespräche in den Ministerien nach der Bundestagswahl um einiges erhöht und etwas bessere Zugänge wie zum Beispiel zum Kanzleramt sind zu verzeichnen. Zwar gibt es aus dem BMZ den ein oder anderen Lichtblick bei Einzelfragen und -projekten.

Auf der inhaltlich-politischen Ebene ist jedoch wenig von neuen politischen Vorgaben in weltwirtschaftlichen und nord-süd-relevanten und außenwirtschaftspolitischen Fragen zu spüren. Hier rächt sich zum einen, dass das vielzitierte Schlagwort der globalen Strukturpolitik von der entwicklungspolitischen Gemeinde letztlich nie mit präzisen Inhalten gefüllt wurde. Zum anderen wird nun durch die rot-grüne Regierung erst recht klar, dass es schon immer illusionär war zu glauben, globale Strukturpolitik ließe sich maßgeblich über ein marginalisiertes Ministerium wie das BMZ durchsetzen.

WEED will sich in naher Zukunft wieder etwas grundsätzlicher mit Kernfragen einer zukunftsfähigen Nord-Süd-Politik auseinandersetzen und sich ausführlicher einer ersten Analyse rot-grüner Regierungspolitik zuwenden.

Der Kosovo-Krieg hat auch WEED intensiv beschäftigt. Nach dem bis auf wenige Ausnahmen die entwicklungspolitische Gemeinde zum Krieg mehr oder weniger schwieg, hat der WEED-Vorstand eine Kosovo-Erklärung verabschiedet, die von einigen anderen NGOs wie medico international mitgetragen wurde.

Mit der Auseinandersetzung zur rot-grünen Regierung eng verknüpft sind auch unsere neueren Aktivitäten in der Netzwerk- und Bündnispolitik. Bereits im Oktober 1998 haben wir in einem neuen Bündnis mit der Naturwissenschaftlerinitiative für den Frieden, mit IPPNW, den IG-Medien, der IG-Metall-Jugend und dem BUND einen ersten Kongress vorbereitet, der Anforderungen an eine rot-grüne Reformpolitik formuliert hat. Hieraus hat sich das informelle Netzwerk „Zukunftsfähigkeit“ formiert, das sich sowohl als kritischer Begleiter von Rot-Grün als auch als Impulsgeber für klare Opposition versteht.

Mit der Desillusionierung durch das rot-grüne Projekt werden sich auch neue Bündniskonstellationen ergeben. Das Netzwerk „Zukunftsfähigkeit“ könnte sich als ein Projekt entpuppen, in dem sich solche neuen Allianzen konstituieren. Mit einer weiteren Konferenz zur Halbzeit von Rot-Grün wird sich das Netzwerk erneut mit einer Bilanz an eine breite politische Öffentlichkeit wenden.

Darüber hinaus arbeitet WEED auch weiterhin in zahlreichen formalen und informellen Netzwerken mit. Auf Bundesebene gehören hierzu an vorderster Stelle das Forum Umwelt & Entwicklung und die Kampagne Erlaßjahr 2000. International sind wir aktives Mitglied im europäischen Schuldennetzwerk Eurodad und in zahlreichen informellen und thematischen Bündnissen (Weltbank, IWF, WTO, Exportkredite, Staudämme usw.) aktiv.

In organisatorischer Hinsicht haben wir die „Hausaufgabe“ des letzten Jahres - die Neuformulierung und Umsetzung klarer Verantwortungs- und Entscheidungsstrukturen - zufriedenstellend gelöst. Mit der Einrichtung des geschäftsführenden Vorstands, der sich in einem Turnus von 2-4 Wochen trifft, haben wir einen erheblichen Teil der unterschiedlichen politischen und organisatorischen Steuerungsaufgaben in den Griff bekommen. Die Organisation der internen Kommunikation und die Sicherung der finanziellen Mittel für die organisatorischen und politischen Aufgaben bleibt eine maßgebliche Herausforderung für das Management von WEED.

Barbara Unmüßig
Vorstandsvorsitzende

Projekte und Themenschwerpunkte

G 7-Gipfel, Köln 1999

Die kritische Begleitung der Weltwirtschaftsgipfel als einem wichtigen Element real existierender Global Governance-Strukturen gehörte von Anbeginn zu den WEED-Themen. Es war allerdings nicht Traditionsbewusstsein, das uns bewog, den letzten Gipfel in diesem Jahrhundert zum Anlass für die größte Aktion in der WEED-Geschichte zu nehmen: der Kölner Gipfel hatte mit der „Kölner Schuldeninitiative“ zum einen ein ureigenes WEED-Thema zum Schwerpunkt, zum anderen hatte sich angesichts der neuen politischen Konstellationen national und international sowie der Finanzkrise in Asien die Debatte um einen Paradigmenwechsel in der Weltwirtschaft intensiviert.

WEED war federführend am Alternativkongress beteiligt, arbeitete im „Bündnis Köln 99“ und im Kampagnenrat der Erlaßjahr-Kampagne mit.

Vor allem mit der **Schuldenthematik** ist es bereits im Vorfeld des G 7 gelungen, durch den Schuldenreport und Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit zur HIPC-Initiative und zum Gipfel selbst ein politisches Klima zu schaffen, in dem alternative Vorstellungen zu den offiziellen Regierungspositionen einen breiten Raum in der Öffentlichkeit einnehmen konnten. Das Medien-echo war außerordentlich gut und im Vergleich zu den Gipfeln in München 1992 und Bonn 1985 um einige Größenordnungen stärker.

Mit der Menschenkette (35.000 TeilnehmerInnen) und der Demonstration (10.000 TeilnehmerInnen) kam in Köln die größte Aktion zu einem Nord-

Süd-Thema seit der IWF/Weltbank-Kampagne 1988 und zu einem Weltwirtschaftsgipfel in der Bundesrepublik überhaupt zustande. Auch im internationalen Vergleich schneidet die Mobilisierung in Köln nicht schlecht ab.

Dieser Erfolg ist um so bedeutender als die Monate vor dem Gipfel vom Jugoslawienkrieg überschattet waren. Damit war zugleich ein großer Teil derjenigen gesellschaftlichen Sektoren, die normalerweise für emanzipatorische Politik ansprechbar sind, absorbiert. Außerdem hatte der EU-Gipfel vierzehn Tage vorher, zu dem ebenfalls eine Demonstration (30.000 TeilnehmerInnen) und ein Gegenkongress stattfanden, einen Teil der mobilisierbaren Kräfte gebunden.

Hinzu kommt, dass die neue Regierungskonstellation im sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und in Teilen des grünen Milieus die Illusion geweckt hatte, dass gesellschaftliche Bewegung jetzt überflüssig geworden sei.

Ogleich Köln die bedeutendste Massenaktion für ein Nord-Süd-Thema seit 1988 brachte, kann nicht übersehen werden, dass die Mobilisierung unter den Erwartungen blieb. Dies gilt auch für die Menschenkette, die nicht die erwarteten 50.000 TeilnehmerInnen brachte. Zweifellos spielte neben den o.g. negativen Rahmenbedingungen der parallel in Stuttgart stattfindende Kirchentag zusätzlich eine Rolle, sowie die geschickte PR-Arbeit der Bundesregierung, die erfolgreich suggerierte, dass sie die Forderungen der Gesellschaft erfülle und Druck von unten nicht mehr nötig sei.

Der **Kongress** übertraf mit 650 registrierten und schätzungs-

weise 200 nicht registrierten TeilnehmerInnen die Erwartungen. Ein relevanter Teil davon bestand aus jüngeren Leuten, die politisch nicht bestimmten Spektren oder Organisationen zuzuordnen sind, sondern offenbar nach Information und politischer Orientierung suchten. Insofern war der Kongress auch ein Ort, an dem nicht nur der bekannte „Wanderzirkus“ aus Insidern und Funktionären präsent war. Die Teilnahme von jungem, politisch nicht festgelegtem Publikum zeigt, dass es einen neuen Bedarf an Veranstaltungen mit Orientierungscharakter gibt.

Bündnispolitisch ist mit dem „harten Kern“ der Trägerorganisationen eine Konstellation entstanden, die über den Anlass hinaus interessant ist, vor allem für möglich werdende außerparlamentarische Neustrukturierungsprozesse infolge der innenpolitischen Entwicklung.

Inhaltlich war das Ergebnis des Kongresses gemischt. Es gab sehr qualifizierte Beiträge, aber auch Schwächen. Neben spezialisierten „single issue“-Panels, gab es Panels, die ein Thema informativ vermittelten, aber auch solche, die sich in der Kritik bekannter Zustände erschöpften. Insgesamt war der Kongress inhaltlich und quantitativ etwas überladen. Insbesondere die Diskussion zu Alternativen erwies sich als außerordentlich schwierig. Das gilt für Beiträge aus dem Norden wie aus dem Süden.

Allerdings liegt das Problem hier nicht an der Auswahl der ReferentInnen oder deren mangelnder Vorbereitung. Vielmehr reflektiert dies die konzeptionelle Krise emanzipatorischer Politik überhaupt. Hier auf schnelle Lösungen oder einen Durchbruch mit einem Kongress hoffen, hieß

die Komplexität der Problemlage zu unterschätzen.

Für die organisations-spezifische Bilanz des Kongresses ist der Einschätzung der *blätter des iz3w* (August 99; S. 8) nicht zu widersprechen: „Insbesondere WEED gelang es dabei, sich durch massive Medienpräsenz zu profilieren.“

Verantwortlich: Peter Wahl

Verschuldung

Die Verschuldungsthematik ist der kontinuierlichste unserer Arbeitsschwerpunkte, an dem sich trefflich zeigen lässt, wie lang der politische Atem sein muss, um wenigstens kleine Erfolge feiern zu können. Nie in den letzten zehn Jahren war die Verschuldungskrise zumindest der ärmsten Länder der Welt so sehr öffentliches und politisches Thema wie im Vor- und Umfeld des Weltwirtschaftsgipfels 1999 in Köln. Die *Kampagne Erlaßjahr 2000*, die Ende 1997 gestartet wurde und in der wir seit Beginn aktiv im Kampagnenrat mitarbeiten, hat eine für dieses Thema einmalige Mobilisierung zustande gebracht. Circa 1800 Organisationen haben sich ihr alleine in Deutschland angeschlossen und in über 50 Ländern haben sich mehrere tausend Organisationen im Rahmen von Jubilee 2000 organisiert. Mit der *Kölner Schuldeninitiative* wurde – zumindest auf dem Papier – eine der weitreichendsten Entschuldungsinitiativen überhaupt für die ärmsten hochverschuldeten Länder beschlossen.

Allerdings muss auch auf der inhaltlichen Seite bei der Schulden thematik nüchtern gesehen werden, dass ein Durchbruch nicht erzielt werden konnte und selbst das in Köln Erreichte unter einem massiven Finanzierungsvorbehalt steht.

WEED hat in mehrfacher Hinsicht einen Beitrag zum Erfolg der *nationalen und internationalen Kampagnenarbeit* leisten können.

- Den Auftakt im Jahr 1999 bildete die Veröffentlichung des *Schuldenreports 1999*. Mit einer verbreiteten Auflage von 5000 diente der Schuldenreport der Kampagne und einer breiten interessierten Öffentlichkeit als Grundlageninformation. Mit dem gewählten Schwerpunkt, systemische Ursachen von Finanz- und Schuldenkrisen aufzuzeigen, haben wir darüber hinaus versucht, den starken Fokus der Kampagne auf die ärmsten verschuldeten Länder um einige wesentliche Aspekte der Verschuldung (inklusive Forderungen dazu) zu erweitern.
- Die Kampagne haben wir für eine *offensive Öffentlichkeitsarbeit* genutzt. In regelmäßigen Pressemitteilungen und schriftlichen Stellungnahmen zur HIPC-Initiative und zuletzt zur Kölner Schuldeninitiative haben wir uns als kompetente Organisation bei Medien und politischen Entscheidungsträgern positionieren können. Mehrere WEED-Vorstandsmitglieder haben als ReferentInnen an zahlreichen Bildungs- und Aufklärungsveranstaltungen sowie Podiumsdiskussionen mit ParlamentarierInnen und Ministeriumsvertretern teilgenommen, was auch den Bekanntheitsgrad von WEED erheblich erhöht haben dürfte.
- Die Positionsbildung in der neuen Bundesregierung, im Bundestag, bei IWF und Weltbank haben wir kontinuierlich beobachtet. In *zahlreichen Gesprächen* mit ParlamentarierInnen und den involvierten Ministerien BMZ und Finanzministerium haben

wir unsere Analysen und Forderungen eingebracht.

- Durch die aktive *Mitarbeit im Kampagnenrat* haben wir nicht unwesentlich die inhaltliche und strategische Ausrichtung der Kampagne mitbestimmen können. Mit den Themen Strukturanpassung und Insolvenzrecht werden wir uns auch in Zukunft intensiv in inhaltliche Schwerpunkte der Kampagne einzumischen versuchen.
- Unsere sehr aktive *internationale Netzwerkarbeit* im Rahmen von *Eurodad* aber auch unsere informelle Kooperation mit *Oxfam International* hat uns nicht nur eine sehr gute Informationsbasis für die nationale Arbeit verschafft. WEED hat sich international erstmals nach langer Zeit wieder mit englischen Stellungnahmen und Positionspapieren zu Wort gemeldet und sich in die inhaltliche Diskussion um Entschuldung eingemischt. Hier wäre noch mehr Engagement gerade auch im Hinblick auf die Konfliktfelder zwischen den nördlichen und südlichen Jubilee 2000 Kampagnen politisch äußerst wünschenswert.

Das Jahr 1999 darf ohne Übertreibung als eines der erfolgreichsten Jahre in unserer Verschuldungsarbeit bezeichnet werden. Über die politischen und Mobilisierungserfolge hinaus hat es auch innerhalb des Vorstandes und der Geschäftsstelle eine gelungene und gute Arbeitsteilung und Absprachen gegeben.

Der WEED-Vorstand möchte an dieser Stelle ausdrücklich Doris Peschke für ihr ehrenamtliches Engagement danken. Doris Peschke hat WEED bis zum August 1999 - und damit in der wohl arbeitsintensivsten und hektischsten - Phase im Kampagnenrat vertreten. Wegen ihrer berufli-

chen Veränderung muss sie zu unserem großen Bedauern ihre Mitarbeit im Kampagnenrat aufgeben. Der WEED-Vorstand befürwortet die Kontinuität der Mitgliedschaft von WEED im Kampagnenrat und wird sich um eine entsprechende Vertretung für das kommende Jahr bemühen.

Verantwortlich: Barbara Unmüßig

Internationale Finanzordnung

WEED hat sich seit seiner Gründung mit Fragen zu den Finanzmärkten beschäftigt. Dabei stand insbesondere die Politik des IWF und die wirtschaftspolitische Strategie der G 7 im Vordergrund. In der Folge der asiatischen und weltweiten Finanzkrisen in der jüngsten Vergangenheit und im Hinblick auf die wachsende Bedeutung der Finanzmärkte im Globalisierungsprozess setzte sich WEED verstärkt mit dem Thema auseinander. Über die bisherige globale und strukturelle Analyse haben wir begonnen, Akteure, Instrumente und weitergehende institutionelle Aspekte genauer zu untersuchen. Unsere Zielsetzung - eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte und damit eine Anbindung monetärer Transaktionen an die realen Wirtschaftsdaten - bleibt bestehen. Insbesondere sollen die negativen sozialen Implikationen, die von Finanzkrisen ausgehen, verhindert und die Verursacher der Krisen, (Fonds-) Manager und Spekulanten, in die Verantwortung genommen werden.

Im Mai haben wir eine **Fachtagung** mit dem Thema „**Möglichkeiten und Grenzen von Reforminstrumenten für das internationale Finanzsystems**“ durchgeführt, auf der Experten unterschiedlicher politischer Couleur die wichtigsten Probleme in

Global Governance

Möglichkeiten und Grenzen von Alternativen zur neoliberalen Globalisierung

Mit Global Governance - meist als „Globale Strukturpolitik“ übersetzt - macht zur Zeit ein Konzept Karriere, das von seinen Protagonisten als Alternative zur neoliberalen Globalisierung präsentiert wird. Gemeint ist das Zusammenwirken von Regierungen, internationalen und supranationalen Institutionen, ökonomischen Akteuren und anderen Nichtregierungsakteuren in einem Geflecht von formellen und informellen Beziehungen zwecks internationaler/globaler Regulierung, allerdings ohne internationale/globale Regierung. Angesichts zunehmender Krisensymptome des herrschenden Globalisierungstyps ist dies ein zunehmend wichtiges Thema, um das die Arbeit von WEED und seiner Einzelthemen schon seit längerem kreist.

Finanziert von und in Kooperation mit der HBS hat WEED im Januar 1999 ein Projekt gestartet, das eine Studie, eine Buchveröffentlichung, Workshops und eine internationalen Konferenz umfasst. Die Studie ist im Juni '99 abgeschlossen worden.

Auf der Grundlage der Analyse der ökonomischen, sozialen und politischen Strukturbrüche am Ausgang des 20. Jahrhunderts werden die herrschende Form der Globalisierung sowie bereits existierende Strukturen einer Global Governance - G 7, IWF, WTO, NATO, Weltbank, Umweltregime etc. - untersucht, um dann die verschiedenen Konzepte von Globale Governance, z.B. von der UN-Commission on Global Governance oder vom INEF, einer kritischen Analyse zu unterziehen.

Die Studie ist ein gelungenes Beispiel für die Leistungsfähigkeit kritischer Wissenschaft. Sie hat großes Interesse hervorgerufen und ist eine gute Grundlage dafür, dass WEED in der Debatte um Alternativen zur neoliberalen Globalisierung ganz vorne mitmischen kann. Mehrere Verlage haben Interesse bekundet, den Text als Buch zu veröffentlichen.

Da die Studie sich bisher auf die Kritik an den vorliegenden Konzepten von Global Governance beschränkte, steht die Diskussion emanzipatorischer Alternativen im Mittelpunkt der nächsten Projektetappe. Vor allem ein Expertenworkshop im Oktober 1999 soll das Material dafür erarbeiten, das dann durch Publikationen und Veranstaltungen in den weiteren Prozess eingespist werden wird.

Verantwortlich: Peter Wahl

der Neuordnung der internationalen Finanzmärkte analysiert und diskutiert haben. Das große Interesse nationaler NGOs an und die positiven Rückmeldungen nach dieser Veranstaltung bestätigten die Notwendigkeit, sich in zivilgesellschaftlichen Kreisen intensiver mit konkreten Fragestellungen in diesem Themenkreis zu befassen. Die Fachtagung soll Beginn einer Seminarreihe sein, die zukünftig regelmäßig stattfinden wird. In den Seminaren werden jeweils

konkrete Fragestellungen zu und aktuelle Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten diskutiert werden.

Um eine stärkere nationale Vernetzung zu diesem Thema zu erreichen, überlegt WEED gemeinsam mit Kairos Europa und Pax Christi, eine **Kampagne zur Regulierung der Finanzmärkte** zu initiieren. Auf internationaler Ebene haben wir zu ATTAC (Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux

Citoyens) Kontakt aufgenommen. In dem erst ein Jahr alten Netzwerk, das bereits 10.000 Mitglieder zählt, wird eine breite Diskussion über eine neue Finanzordnung geführt, an der sich WEED aktiv beteiligt. Während der Vorbereitungen zum Alternativen Weltwirtschaftsgipfel sind die bereits bestehenden internationale Kontakte ausgebaut worden.

Über die regelmäßigen Beiträge im Infobrief und weiterer Veröffentlichungen hat WEED einen wichtigen Beitrag in der inhaltlichen Debatte geleistet. Noch in diesem Jahr wollen wir mit einer Übersicht über Akteure, Instrumente und Institutionen auf den Finanzmärkten sowie einer empirischen Zusammenstellung aktueller Finanztransaktionen die Diskussion in Fachkreisen von Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft kritisch fortsetzen. Ziel der Publikation ist es insbesondere, die bestehende Distanz zivilgesellschaftlicher Gruppen zum Thema abzubauen und auf die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns aufmerksam zu machen.

Verantwortlich: Peter Waldow

Weltbank / Struktur- anpassung

WEED hat 1999 seine langjährige, intensive Monitoring- und Lobbyarbeit zu den beiden internationalen Finanzinstitutionen Weltbank und IWF fortgesetzt. Unser Engagement bezog sich dabei zum einen auf konkrete programmatische Entwicklungen innerhalb der Weltbank und zum anderen auf spezielle kontroverse Projekte. Wesentliche Themen waren hier die neu aufgeflammete Diskussion um das Inspection Panel der Weltbank, die Richtlinien Diskussionen innerhalb der Bank zur Energiestrategie und zur Umsiedlungspolitik sowie ein Armutsbekämpfungsjahr in der

Grenzregion China-Tibet. Zum heftig umstrittenen Erdölprojekt Tschad-Kamerun setzten wir im Bündnis mit der NRO-Erdöl-AG unsere Kampagne gegen das Projekt fort. Neben diesen vor allem von konkreten Ereignissen diktierten Aktivitäten intensivierten und konkretisierten wir unsere langfristig angelegte konzeptionelle Arbeit zu Strukturanpassungsprogrammen (SAPs).

WEED forderte jahrelang eine stärkere Rechenschaftspflicht der Weltbank gegenüber der von Weltbankprojekten betroffenen Bevölkerung. 1993 hat die Arbeit internationaler NGOs Erfolg, und das *Inspection Panel der Weltbank* wurde etabliert. Die Arbeit des Panels war von verschiedenen Seiten heftig umstritten, sodass es im Frühjahr 1999 zu einer erneuten „Klärung“ der Richtlinien des Panels kam. NGOs waren dazu aufgerufen sich am Diskussionsprozess zu beteiligen. WEED verfasste eine detaillierte Kritik der geplanten Veränderungen der Richtlinien des Panels und brachte diese in ein Konsultationstreffen in Washington zwischen NGOs, dem Weltbankmanagement und den Exekutivdirektoren ein. Dem internationalen NGO-Engagement ist es zu verdanken, dass die Exekutivdirektoren das Konzept erst in einer veränderten Form annahmen.

Die Weltbank selbst hat 1999 eine neue Dynamik in die Diskussion über ihre *Energiepolitik* gebracht, als sie eine vorläufige Version ihres neuen Strategiepapiers zur Kommentierung freigab. WEED schloss sich der Forderung internationaler NGOs nach der Etablierung fester Zielwerte für die Förderung von regenerierbaren Energien durch die Weltbank an. Um diese Forderung voran zu bringen, waren wir an zwei Konsultationen mit dem BMZ beteiligt. Die internationalen NGO-Bemühungen konnten dazu beitragen, dass in der neuen

Bankstrategie nun voraussichtlich wirklich Prozentgrößen für die Förderung erneuerbarer Energien festgelegt werden. Insgesamt hat sich zum Thema Energiepolitik ein informelles Netzwerk internationaler NGOs etabliert, in dem WEED mitarbeitet.

Aktiv wurden wir auch im Zusammenhang mit einem speziellen, kurz vor der Abstimmung im Exekutivrat stehenden Weltbankprojekt (*China-Western Poverty Reduction Project*) in Tibet, das aus menschenrechtlicher und ökologischer Perspektive äußerst bedenklich ist. Auf unsere Intervention hin hat sich das BMZ intensiv in die Entscheidungsfindung der Weltbank eingemischt und erstmalig in der Geschichte sich mit einem eindeutigen Nein gegen die Weltbankfinanzierung ausgesprochen. Auch wenn das Projekt dennoch eine Mehrheit im Exekutivrat fand, das Abstimmungsverhalten des BMZ setzt neue Akzente in der Weltbankpolitik.

Strukturanpassung

Unsere Arbeit zu SAPs wurde seit Beginn des Jahres konkretisiert und intensiviert und mit Miriam Walther personell verstärkt. Im April '99 war WEED Gastgeberin des *europäischen SAPRIN-Forums*. Als Mitglied von SAPRIN, einem Netzwerk internationaler NGOs, unterstützt WEED damit die Forderung nach mehr zivilgesellschaftlicher Partizipation in der Evaluierung und Ausarbeitung von SAPs.

Im Zusammenhang mit den Beschlüssen von Köln verstärkt sich das Interesse der offiziellen deutschen EZ-Institutionen an den Positionen von WEED und anderen NGOs zu SAPs. Vor diesem Hintergrund und angesichts der neuen Dynamik in der nationalen und internationalen Diskussion (Stichwort anstehende ESAF-Auffüllung und geplante Goldver-

käufe durch den IWF, offizielle Kritik am Konsens von Washington im Zuge der Asien- und Russlandkrise) werden wir versuchen, vor allem im Rahmen der Erlassjahr 2000-Kampagne die Diskussion um Alternativen zu den herkömmlichen SAPs aktiv voranzutreiben. Im kommenden Jahr werden wir eine ganze Reihe neuer Aktivitäten zu diesem Thema starten.

Verantwortlich: Miriam Walther / Barbara Unmüßig

Weltmarktregulation

Finanziert von der EU (DG I und DG VIII) führt WEED seit 1998 ein Dreijahresprogramm durch, das sich mit der Regulierung verschiedener Sektoren in der Weltwirtschaft beschäftigt.

Sehr erfolgreich war dabei unsere Teilnahme an der internationalen **Kampagne gegen das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI)**, das in der OECD Ende 1998 endgültig scheiterte. Damit war erstmals seit Beginn der neoliberalen Offensive Ende der siebziger Jahre ein ultraliberales internationales Wirtschaftsabkommen gestoppt worden.

Neben dem Erfolg in der Sache konnte sich WEED in der Kampagne gegen das MAI in den Medien und der Fachöffentlichkeit als führende deutsche NGO in Sachen Regulierung der Multis profilieren.

Angesichts der Versuche der G 7, nun in der WTO ein Investitionsschutzabkommen zu verhandeln, wird das Thema für uns weiter auf der Tagesordnung bleiben. Dabei geht es nicht nur darum, eine einseitige Deregulierung zugunsten der Konzerne zu verhindern, sondern alternative Konzepte zu entwickeln, mit deren Hilfe das Potential der TNCs für eine sozial gerechte und ökologisch tragfähige Entwicklung in

Nord und Süd genutzt werden kann. U.a. haben WEED-Mitarbeiter dazu einen Beitrag im alternativen Wirtschaftsmemo '99 veröffentlicht.

Die **WTO** steht am Beginn einer neuen Verhandlungsrunde, zu der im November 1999 in Seattle der Startschuss fallen soll. Das Ziel der „**Millennium-Runde**“ ist es, der Globalisierung durch Liberalisierung und Deregulierung neue Dynamik zu verleihen.

WEED beteiligt sich aktiv am Arbeitsprogramm der AG-Handel des Forums Umwelt & Entwicklung zur Millennium-Runde, darunter Lobbygespräche gegenüber dem Parlament, ein Medienworkshop und Öffentlichkeitsarbeit zur Ministerratskonferenz in Seattle. Thematisch stehen dabei die LDCs, die Agrarfrage und das Thema Partizipation im Vordergrund. Darüber hinaus entwickelt WEED auch eigenständige Initiativen, wie das Arbeitspapier „Der Weg nach Seattle.“ Geplant ist eine Veranstaltung Ende 1999 zum elektronischen Handel, ein ebenso wichtiges wie bisher weithin unbeachtetes Zukunftsthema.

Verantwortlich: Peter Wahl / Rainer Falk

Hermes-Kampagne

Im dritten Jahr der gemeinsam mit **urgewald** geführten Hermes-Kampagne standen neben Lobbygesprächen über die Umsetzung der Hermes-Reform und der internationalen Vernetzung vor allem Fallbeispiele im Vordergrund der Arbeit. Diese stellen die entscheidenden Testfälle dar, wie ernst die Bundesregierung es mit der beabsichtigten Reform der Hermesbürgschaften meint. Dabei zeigte sich, dass Bürgschaften für besonders umstrittene Projekte, zu denen wir aktiv geworden sind, mittlerweile von den zuständigen

Stellen sehr intensiv geprüft werden. Inwieweit dies dazu führen wird, dass die Bürgschaften tatsächlich abgelehnt werden, ist aber noch offen.

Ein Beispiel ist der **Ilisu-Staudamm** in der Türkei, der den Tigris kurz vor der irakischen Grenze aufstauen soll. Obwohl das große Konfliktpotential der Ressource Wasser für den Nahen Osten seit langem bekannt ist, war bisher vom Auswärtigen Amt keine dezidierte Stellungnahme zu dem Projekt zu erhalten. Die Bundesregierung scheint noch immer bereit zu sein, den Antrag auf Hermesbürgschaft der Firma Sulzer zu bewilligen. In zahlreichen Gesprächen mit den beteiligten Ministerien haben wir jedoch klargestellt, dass wir eine staatliche Förderung für den Ilisu-Damm für unakzeptabel halten.

Dies gilt ebenso für den Fall des **Maheshwar-Staudamms** in Indien, der infolge der internen Arbeitsteilung vor allem von urgewald betreut wurde. Aufgrund einer Vor-Ort-Recherche und intensiver Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit haben sich die Bayernwerke und die Vereinigten Elektrizitätswerke aus dem Projekt zurückgezogen, das ca. 20.000 Menschen ihrer Lebensgrundlage berauben würde. Stattdessen hat Siemens jedoch eine Ausweitung seiner Anteile angekündigt, so dass der Interministerielle Ausschuss zur Vergabe von Hermesbürgschaften doch noch Stellung beziehen muss, inwieweit er bereit ist, ein Projekt gegen den massiven Protest der lokalen Bevölkerung zu fördern.

Ein deutliches Beispiel, wie kontinuierliche Lobbyarbeit die Kreditvergabe für umweltschädigende Projekte erschweren kann, ist auch die Kampagne zu den ukrainischen **Atomkraftwerken Khmel'nitski-2 und Rivne-4 (K2/R4)**. Die beiden unvollendeten Atomkraftwerke sollen mit Geldern der Europäischen Bank

für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) sowie durch Exportkreditversicherungen fertiggestellt werden, obwohl der Sicherheitsstandard nicht einmal westliches Niveau erreichen würde. Durch die gelungene Kooperation zwischen WEED, urgewald und unserer osteuropäischen Partnerorganisation CEE Bankwatch Network erreichten wir einen Bundestagsbeschluss gegen die Finanzierung der beiden Atomkraftwerke. Die Bundesregierung musste daher der Ukraine nicht-nukleare Alternativvorschläge vorlegen. Es ist zwar nach wie vor zu befürchten, dass die nukleare Variante den Zuschlag erhalten wird. Zumindest ist aber eine breite Diskussion über die zweifelhafteste Förderung der osteuropäischen Atomkraftwerke durch westliche Länder entstanden, die ohne unsere Initiative nicht stattgefunden hätte, obwohl in diesem Fall unser Engagement stärker im Hintergrund stattfand.

Auf internationaler Ebene haben NGO-Aktivitäten zum Thema Exportkreditversicherungen stark zugenommen, wie der zweite internationale Workshop zeigte, der im März 1999 in Washington stattfand. Unter anderem in Großbritannien, Norwegen, Schweden und Japan werden Umweltrichtlinien für die jeweiligen Exportkreditversicherungen diskutiert. Durch internationale NGO-Kooperation konnte auch erreicht werden, dass Exportkreditagenturen im **G 7-Schlusskommuniqué** erwähnt werden und eine Frist von zwei Jahren für die Einführung gemeinsamer Umweltkriterien gesetzt wurde. WEED hatte sich dafür mehrfach bei der Bundesregierung eingesetzt.

Den G 7-Gipfel nutzte WEED außerdem, um mehr Aufmerksamkeit auf die **Verschuldungswirkung von Hermesbürgschaften** zu lenken. Zu diesem Zweck ist ein ausführliches Infor-

mationsblatt erschienen, das der stärkeren Vernetzung zwischen der Entschuldungskampagne und der Hermeskampagne dienen soll.

Die **Realisierung der Hermes-Reform** unter ökologischen, sozialen und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten kommt jedoch nur schleppend voran. Diese war im Koalitionsvertrag beschlossen worden, was einen großen Erfolg für die Hermes-Kampagne darstellt. Bisher liegen allerdings nicht einmal konkrete Entwürfe auf dem Tisch. Die kommenden Monate werden wir deshalb dazu nutzen, verstärkt auf eine parlamentarische Initiative für eine Hermes-Reform zu drängen.

Verantwortlich: Heike Drillisch / Barbara Unmüßig

EU-Nord-Süd-Politik

Seit Ende 1997 befasst sich WEED in einem eigenen Programmschwerpunkt mit der Nord-Süd-Politik der EU und ihrer Reform. Dies geschieht in enger Kooperation mit **terre des hommes**. Ein entsprechender Kooperationsvertrag wurde für die Jahre 1998-2000 vereinbart. Aktuelle Anlässe für die Vielzahl von Veranstaltungen und Publikationen im ersten Halbjahr 1999 waren die **deutsche EU-Präsidentschaft** sowie die Verhandlungen über die **Zukunft des Lomé-Abkommens zwischen der EU und den AKP-Staaten**. WEED und terre des hommes konzentrierten sich dabei vor allem auf die handels- und investitionspolitischen Aspekte der EU-Südpolitik. Im Zentrum stand die Frage nach Alternativen zu den neoliberalen Marktöffnungsstrategien der EU und den von ihr angestrebten Regionalen Freihandelsabkommen. Die Aktivitäten waren Teil der VENRO-Kampagne zur deutschen EU-Präsidentschaft.

Im Februar 1999 veranstalteten WEED und terre des

hommes ein **Hearing** mit ParlamentarierInnen, PolitikerInnen und NGOs, auf dem die umwelt- und nord-süd-politischen Prioritäten Deutschlands in der EU erörtert wurden. Die Resonanz auf diese Veranstaltung war allerdings gering.

Größere Aufmerksamkeit erzielte eine umfassende **Studie** mit Analysen und Reformvorschlägen zur europäischen Nord-Süd-Politik, die im Frühjahr unter dem Titel **„Global Player EU“** veröffentlicht wurde. Im September 1999 wird diese Studie der Brüsseler Entwicklungsexpertin Mirjam van Reisen auch als Buch in englischer Sprache gemeinsam von Eurostep, terre des hommes und WEED herausgegeben. Daneben veröffentlichte WEED aus Anlass der deutschen EU-Präsidentschaft eine viertellige Sonderdienstreihe des Informationsbriefes Weltwirtschaft & Entwicklung zum Thema „EU-Europa und die Dritte Welt“. Mit einem Background Paper von Klaus Schilder legte WEED im Juli 1999 eine aktuelle Bestandsaufnahme der EU-AKP-Verhandlungen vor.

Die wichtigste Veranstaltung von WEED im Programmbereich EU war die **internationale Konferenz „Abschied von Lomé?“**, die im April 1999 stattfand. Sie wurde gemeinsam mit terre des hommes und der Koordination Südliches Afrika (KOSA) vorbereitet und in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführt. An der Konferenz nahmen 140 TeilnehmerInnen aus 15 Ländern teil. Den Schwerpunkt der Diskussionen bildete die Auseinandersetzung über die von der EU propagierten Regionalen Freihandelsabkommen mit den AKP-Staaten. Sie wurden von den ReferentInnen der Tagung, insbesondere den VertreterInnen aus dem Südlichen Afrika, heftig kritisiert. Die Kernforderungen der Tagung wurden in einem Memo-

randum zusammengefasst, das auf englisch und deutsch vorliegt.

Als Follow-up der Konferenz fanden im Mai und Juni zwei Lobbygespräche in Brüssel statt, auf denen gemeinsam mit einigen ReferentInnen der Konferenz das Memorandum und die WEED-/tdh-Studie präsentiert wurden. An den Treffen, zu denen Eurostep, terre des hommes und WEED eingeladen hatten, nahmen eine Reihe von AKP-Botschaftern, Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten und der EU-Kommission teil.

Eine *englische Dokumentation* über die Lomé-Konferenz und die Follow-up-Aktivitäten erschien unter dem Titel „Farewell to Lomé?“ im August 1999.

Verantwortlich: Jens Martens

UNO-Politik

Die kritische Begleitung deutscher UNO-Politik und die kontinuierliche Analyse der Reformprozesse im UN-System zählen seit mehreren Jahren zu den wichtigen Tätigkeitsfeldern von WEED. Getragen wird diese Arbeit von einer Projektgruppe, die aus WEED-Mitgliedern besteht und seit 1993 existiert.

Die Projektgruppe hatte 1998/99 zwei Arbeitsschwerpunkte. Im Umfeld der Bundestagswahlen legte sie das *Positionspapier* „Erste Schritte zu einer Politik der globalen Zukunftsgestaltung“ vor, in dem Ansatzpunkte für einen Politikwechsel Deutschlands in den Vereinten Nationen skizziert wurden. Nach den Wahlen fanden Treffen mit ParlamentarierInnen und dem neu gegründeten Arbeitsstab Globale Fragen des Auswärtigen Amtes statt, um die Thesen zu diskutieren.

Den zweiten Arbeitsschwerpunkt bildete das Thema *„Durchsetzungsinstrumente in der internationalen Politik“*. Da-

bei ging es um die Frage, mit welchen Mitteln (Berichte, Sanktionen, Klageverfahren, Anreize etc.) und unter welchen Bedingungen globale Vereinbarungen im Friedens-, Menschenrechts-, Umwelt- und Wirtschaftsbereich weltweit durchgesetzt werden. Zu dem Thema wurden *drei Fachgespräche* veranstaltet, an denen neben dem WEED-internen Kreis WissenschaftlerInnen und VertreterInnen aus den Ministerien teilnahmen. Die Ergebnisse wurden im Frühjahr 1999 in einem Arbeitspapier unter dem Titel „Belohnen - Beschämen - Bestrafen. Globale Vereinbarungen und ihre Durchsetzung“ publiziert. Die Veröffentlichung erhielt durch den Kosovo-Krieg ungeahnte Aktualität, denn ein Kapitel befasst sich unmittelbar mit der Legitimität militärischer Zwangsmaßnahmen.

Schlussfolgerungen aus dem *Kosovo-Krieg* werden auch in der weiteren Arbeit der UNO-Projektgruppe ein Thema sein. Geplant sind unter dem Arbeitstitel „die UNO in der Irrelevanzfalle“ u.a. eine Veröffentlichung und eine Veranstaltung, die sich mit der Gefahr der zunehmenden politischen Marginalisierung der Weltorganisation befassen sollen. Untersucht werden in diesem Projekt u.a. die Auswirkungen der neuen NATO-Strategie auf den Stellenwert des Sicherheitsrates, die Rolle der UNO in den Konzepten für eine neue globale Finanzarchitektur und der wachsende Einfluss privater Finanziers auf die Programme der UNO. Diese Aktivitäten der UNO-Projektgruppe verstehen sich auch als Beitrag zur Vorbereitung auf die Millennium-Assembly der Generalversammlung im Jahr 2000.

Verantwortlich: Jens Martens

„Debate 21“

Das von GERMANWATCH und WEED gemeinsam durchgeführte internationale NGO-Dialogprojekt „Debate 21“ läuft seit knapp einem Jahr. Ziel des Projektes ist es, in einem Dialog – vorerst über zwei Jahre – mit Partnern (vorwiegend aus dem Süden) wichtige Kontroversen und Widersprüche innerhalb der internationalen NRO-Gemeinde zu diskutieren und nach Wegen zu suchen, diese produktiv zu bearbeiten. Ein seit langem bekannter „Klassiker“ dieser Art ist z.B. die Frage, ob Sozial- und/oder Umweltstandards im Welthandel nicht zu verkapptem Protektionismus missbraucht werden.

Die Debatte wird anhand von *drei Sektoren - Handel / Investitionen, Finanzen und Klimawandel* - geführt. Offizieller Start war im Januar 1999 mit dem ersten Treffen des internationalen Steering Committees. Diesem gehören u.a. an: ibase (Brasilien), RMALC (Mexiko), CSE (Indien), Third World Network (Malaysia), Fokus on the Global South (Thailand), ENDA (Guinea), COASAD (Belgien/Afrika).

Der *Workshop im Januar* diente dazu, die Themen zu identifizieren, die im weiteren Prozess bearbeitet werden sollen, wie z.B. der Widerspruch zwischen Gerechtigkeit und marktwirtschaftlichen Instrumenten der Klimapolitik wie z.B. dem Handel mit Verschmutzungszertifikaten. Zur Zeit werden Papiere erarbeitet, die die Ergebnisse des Januar-Treffens zusammenfassen, stärker akzentuieren und die Debatte weiter vorantreiben sollen.

Ein *zweiter Workshop* wird vom 11.-13. Oktober 1999 in Bad Honnef stattfinden. Im Bereich „internationales Finanzsystem“ werden am Beispiel Thailands und Brasiliens die Ursachen und Auswirkungen der internationalen Fi-

nanzkrise untersucht, die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Wechselkurssysteme diskutiert und Strategien und Instrumente zur Beendigung der Schuldenkrise debattiert. Im Bereich Handel/Investitionen stehen die Einführung von Sozial- und Umweltstandards, mögliche Streitbeilegungsmechanismen, Nahrungssicherheit, TRIPS sowie die Behandlung von Multinationalen Unternehmen und FDI auf der Agenda. Für den Klimabereich sind die „equity“-Frage, die Kyoto Mechanismen - insbesondere der Clean Development Mechanism (CDM) - und die Frage des „meaningful participation“ der Entwicklungsländer vorgesehen.

Weiterhin geplant sind ein Buchprojekt und eine internationale Konferenz in Bonn, voraussichtlich im September 2000.

Im Projekt arbeitet als Koordinator Dirk Krüger sowie Jan Kind. Das Projektbüro ist räumlich bei Germanwatch angesiedelt.

Verantwortlich: Dirk Krüger / Peter Wahl

World Commission on Dams (WCD)

Ganz neu ist unser Projekt zur kritischen Begleitung der World Commission on Dams (WCD). Die Initiative für die Gründung dieser unabhängigen Staudammkommission wurde im April 1997 in Gland (Schweiz) bei einem Treffen von Weltbank, IUCN (International Union for the Conservation of Nature), Nichtregierungsorganisationen und anderen ‚stakeholders‘ beschlossen. Die Kommission soll Erfahrungen mit Großstaudämmen aufarbeiten und bis Mitte 2000 Kriterien für künftige Planungen von Staudammprojekten entwickeln. Die Einrichtung der WCD ist das Ergebnis weltweiter Kritik an der

Entscheidungs- und Umsetzungspraxis und den sozialen und ökologischen Konsequenzen bereits gebauter Staudämme.

WEED hat die Arbeit der WCD von Anfang an beobachtet und seit Juli 1999 durch ein eigenes Projekt weiter intensiviert. Ziele sind das **Monitoring und die kritische Begleitung der Arbeit der WCD** und die Unterstützung Betroffener und lokaler Gemeinschaften, insbesondere im Rahmen der **Fallstudie Tucuruí** (Staudamm im brasilianischen Bundesstaat Pará).

Zu Projektbeginn hat WEED im Rahmen einer Brasilienreise u.a. am Scopingverfahren für die Fallstudie Tucuruí und an der Lateinamerika-Anhörung der WCD in Sao Paulo am 12. und 13. August 1999 teilgenommen. In den nächsten Monaten sind folgende Schwerpunkte geplant:

- Erarbeitung von Eingaben an die WCD zu Tucuruí und den thematischen Studien
- Dialoge mit Politik und Wirtschaft
- Initiativen zur Lösung noch ungelöster Probleme an bereits gebauten Staudämmen
- Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen des Projektes kooperiert WEED eng mit internationalen und deutschen Nichtregierungsorganisationen.

Das Projekt wird von der GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit), Brot für die Welt und MISEREOR finanziert.

Verantwortlich: Birgit Zimmerle

Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung

Der Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung feierte im letzten Juli sein 10-jähriges Bestehen. Als monatlich erscheinender Informationsdienst ist er eine wichtige Säule der politischen

Arbeit von WEED. Er vermittelt regelmäßig Orientierungswissen zu den Arbeitsschwerpunkten von WEED, und darüber hinaus auch zu Themen, die von WEED aktuell nicht in Kampagnen bearbeitet werden, politisch aber von besonderem Interesse sind. Zu seinen Adressaten gehören die MultiplikatorInnen aus dem Bereich der bundesdeutschen Dritte-Welt-Bewegung und Nichtregierungsorganisationen und interessierte und engagierte Menschen aus den Bereichen Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Inhaltliche Schwerpunkte der Berichterstattung im Berichtszeitraum waren die **globale Finanzkrise, die Verschuldung der Dritten Welt, die Vor- und Nachbereitung des Kölner G8-Gipfels und die Nord-Süd-Politik der EU**. Ein besonderer Akzent wurde mit einer Sonderdienstserie „EU-Europa und die Dritte Welt“ gesetzt. Weitere Sonderdienste sind derzeit zum Thema „Krise der Weltfinanzen“ und „Transnationale Konzerne heute“ geplant.

W&E hat nunmehr seit rund drei Jahren einen Stamm von knapp 900 AbonnentInnen, wobei sich Ab- und Neubestellungen in etwa die Waage halten. Die reguläre Auflage beträgt 1500, bei Sonderdiensten gelegentlich bis zu 3000-4000. Die Finanzierung erfolgt zur Hälfte über Abo-Einnahmen und zur Hälfte über Zuschüsse.

Im Zuge der allgemeinen Verbesserung der Zuschusslage von WEED im Berichtszeitraum hat sich die finanzielle Situation des Infobriefs gegenüber den letzten beiden Jahren wieder verbessert. Noch im Herbst 1999 sollen die Werbemaßnahmen für neue AbonnentInnen merklich verstärkt werden.

Verantwortlich: Rainer Falk

Vorstand und MitarbeiterInnen 1999

Vorstandsmitglieder

		<i>Kontakt</i>
Barbara Unmüßig	Dipl.-Politologin, 1. Vorsitzende. Arbeitsschwerpunkte: Bretton-Woods-Institutionen, Hermes-Bürgschaften, Umwelt und Entwicklung, Verschuldung, Internationale Ökologiepolitik	0228 - 7661321 barbara.unmuesig@weedbonn.org
Doris Peschke	Theologin, Schatzmeisterin. Arbeitsschwerpunkte: Verschuldung, wirtschaftliche Entwicklung Afrikas (v.a. südliches Afrika)	0032-2-2417801
Heidi Feldt	Geologin, Beisitzerin. Arbeitsschwerpunkte: Waldpolitik, Erdölprospektion/-förderung und Bergbau in Amazonien, Indigene Völker und Ressourcenschutz.	069 - 70790083 H.Feldt@klimabuendis.org
Tanja Brühl	Politikwissenschaftlerin, Beisitzerin. Arbeitsschwerpunkte: Internationale Umweltpolitik, Internationale Organisationen und Regime, Einflussmöglichkeiten von Nichtregierungsorganisationen.	07071 - 940796 tanja.bruehl@uni-tuebingen.de
Jens Martens	Dipl.-Volkswirt, Schriftführer. Arbeitsschwerpunkte: Reform der UNO, Rolle von NROs im System der UN, internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik im Kontext der Weltgipfel von Rio (92) und Kopenhagen (95)	0228 - 7661312 jens.martens@weedbonn.org
Peter Wahl	M.A. in Romanistik / Gesellschaftswissenschaften, Beisitzer. Arbeitsschwerpunkte: WTO, Regulierung des internationalen Finanzsystems, NROs (Trends, Strategien, Finanzierung)	0228 - 7661322 peter.wahl@weedbonn.org
Rainer Falk	Dipl.-Soziologe und Wirtschaftspublizist, Beisitzer. Verantwortlicher Herausgeber und Redakteur des Infobriefs Weltwirtschaft & Entwicklung. Arbeitsschwerpunkte: IWF, G 7, Welthandel, GATT/WTO.	z.Z. im Umzug bei WEED nachfragen
Tobias Debiel	Politikwissenschaftler, Beisitzer. Arbeitsschwerpunkte: Krisenprävention und friedliche Konfliktbearbeitung, Globale Politikgestaltung, Vereinte Nationen, Umbruch und politische Konflikte in Subsahara-Afrika.	0228 - 9592513 sef.debiel@bicc.uni-bonn.de

MitarbeiterInnen der Geschäftsstelle

		<i>Kontakt</i>
Katja Windt	Dipl.-Politologin. Arbeitsbereich: Sekretariat, Vertrieb von Publikationen, Übersetzungen, Informationsleistungen	0228 - 7661323 katja.windt@weedbonn.org
Heike Drillisch	Ethnologin M.A.. Arbeitsbereich: Kampagne zur Reform der Hermes-Bürgschaften, Harmonisierung der staatlichen Exportförderung: u.a. AKWs in Osteuropa, Großstaudämme	0228 - 7661316 heike.drillisch@we-edbonn.org
Miriam Walther	Dipl.-Politologin. Arbeitsbereich: Bretton-Woods-Institutionen, Struktur-anpassungspolitik	0228 - 7661313 miriam.walther@we-edbonn.org
Birgit Zimmerle	Verlagskauffrau. Arbeitsschwerpunkte: Tropenwaldpolitik, Großprojekte in Amazonien; bei WEED: Beobachtung und Begleitung der Arbeit der Internationalen Staudammkommission WCD (World Commission on Dams)	birgit.zimmerle@we-edbonn.org
Richard Fritz	Dipl.-Biologe. Arbeitsbereich: Mitgliederverwaltung, Finanzmanagement, Werbung, Betreuung der Website, Produktion der Publikationen, Elektronische Kommunikation	0228 - 7661315 richard.fritz@weedbonn.org
Peter Waldow	Dipl.-Volkswirt. Arbeitsbereich: Entwicklung internationaler Finanzmärkte, Monitoring internationale Finanzinstitutionen.	0228 - 7661314 peter.waldow@we-edbonn.org
Dirk Krüger	Politikwissenschaftler M.A. Arbeitsbereich: Koordination von „Debate 21“, Entwicklungszusammenarbeit der EU, Nord-Süd-Aspekte der Klimapolitik	0228 - 9652426 dirk.krueger@debate21.org

Finanzen 1998

Die Jahresrechnung 1998 weist Ausgaben von DM 669.023 und Einnahmen über DM 458.668 aus. Hieraus ergäbe sich ein Defizit für 1998 von DM 210.355. Um zu einem wahrheitsgetreuen Bild des finanziellen Ergebnisses für 1998 zu kommen, muss allerdings eine jahresgerechte Abgrenzung der Projektzuschüsse durchgeführt werden, denn viele Zuschüsse können nicht vollständig einem einzigen Haushaltsjahr (also 1998) zugerechnet werden, sondern dien(t)en auch zur Finanzierung von Aktivitäten in 1997 oder 1999. Durch diese Periodenbereinigung erhöhen sich die Einnahmen in 1998 um DM 206.428 auf DM 665.096. Danach ergibt sich ein tatsächliches, geringes Defizit für 1998 in Höhe von DM 3.927.

Als wichtige finanzrelevante Ereignisse und Eckdaten im Jahr 1998 sind hervorzuheben:

- ▶ der Bürorumzug der WEED-Geschäftsstelle im April 98 vom Berliner Platz an den Bertha-von-Suttner-Platz,
- ▶ die personelle Expansion durch die Neueinstellung einer Halbtags-Sekretärin - Katja Windt, im April 98 - und zweier Projekt-MitarbeiterInnen: Dirk Krüger für „Debate 21“ im Sept. und Heike Drillisch für die Hermes-Kampagne im Okt. 98,
- ▶ die Durchführung mehrerer Fachseminare und Konferenzen,
- ▶ die Durchführung der Kampagne zum Multilateralen Investitionsabkommen und der Hermes-Kampagne,
- ▶ die Beteiligung an der Kampagne Erlaßjahr 2000.

Einnahmen

Bei den Eigenerlösen war ein erfreulicher Zuwachs der Mitgliedsbeiträge und der Materialeinnahmen (Verkauf von Publikationen) festzustellen. Dies ist v.a. auf den guten Verkauf des Schuldenreports 1997 und des Reports „Alles neu macht das MAI?“ zurückzuführen. Die Eigenerlöse des Infobriefs waren dagegen leicht rückläufig. Durch den Umzug der Geschäftsstelle in ein neues Büro, in welchem ein kleiner Raum untervermietet wird, taucht nunmehr auch die Position „Mieteinnahmen“ als Einnahmequelle in der Jahresrechnung auf.

Die zweckgebundenen Projektzuschüsse machen nach Jahresabgrenzung mit DM 508.383 (ca. 76%) wieder den weitaus größten Anteil an allen Einnahmen aus. Das Haushaltsjahr 1998 war geprägt durch eine gute Planungssicherheit, da gleich mehrere Projekte mit mehrjähriger Laufzeit eine

AUSGABEN	DM
Personalkosten	349.371,77
Honorare Infobrief	62.576,70
Miete/Nebenkosten	32.152,45
Büroeinrichtung	24.148,91
Allg. Büro- u. Verwaltungskosten	27.126,10
Telekommunikation	13.441,14
Druck Infobrief	22.262,41
Versand Infobrief	5.994,56
Reisekosten	3.227,82
Mitgliederbetreuung	1.948,94
Werbung	3.868,76
Umzugskosten	9.308,34
Projektkosten	113.081,55
Sonstige Ausgaben	513,40
SUMME AUSGABEN	669.022,85
EINNAHMEN	DM
Mitgliedsbeiträge	30.241,00
Spenden	5.123,00
Materialeinnahmen	23.478,82
Zinseinnahmen	3.615,71
Mieteinnahmen	2.960,00
Abo-Gebühren Infobrief	34.461,16
Versandkostenerstattung	7.728,30
Ungebundene Zuschüsse	48.500,00
Gebundene Zuschüsse	301.954,56
Sonstige Einnahmen	605,32
Zwischensumme	458.667,87
Jahresabgrenzung d. Zuschüsse	206.428,28
SUMME EINNAHMEN	665.096,15
Saldo Einnahmen-Ausgaben	-3.926,70

verlässliche Finanzierungsbasis ergaben. Diesem Umstand war nicht zuletzt die personelle und räumliche Expansion von WEED zu verdanken.

Ausgaben

Bei den Ausgaben fallen die immens gestiegenen Personalausgaben in Höhe von DM 349.372 (ca. 52% der Ausgaben) stark ins Gewicht. Sie sind damit um 24% gegenüber 1997 angestiegen. Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass die Personalkosten zu einem großen Teil den verschiedenen Projekten zuzurechnen sind. Eine kostenstellengerechte Buchhaltung der Personalkosten wird aufgrund des damit verbundenen administrativen Aufwands (Arbeitszeiterfassung) bei WEED nicht durchgeführt.

Eine besondere finanzielle Belastung ergab sich durch den Umzug des WEED-Büros. Neben den reinen Umzugskosten entstanden außergewöhnlich hohe Ausgaben für neues Mobiliar und die Aufrüstung des PC-Netzwerks. Außerdem schlägt seit April 98 auch die deutlich höhere Büromiete zu Buche.

Der personellen Expansion entsprechend sind auch die Ausgaben im Verwaltungsbereich deutlich gestiegen. Trotz dieser beträchtlichen zusätzlichen Belastungen, die überwiegend den Verwaltungsbereich betreffen, konnte das Haushaltsjahr 1998 mit nur einem geringen Verlust abgeschlossen werden.

Zuschussgeber und Projekte in 1998

<i>Projekt / Arbeitsschwerpunkt</i>	<i>Zuschussgeber / Kooperationspartner</i>
Entwicklungspolitische Bildungsarbeit	ABP
Weltbank / IWF	C.S. Mott Foundation, Wallace Global Fund
Weltmarktregulation	Europäische Union - DG VIII
MAI-Kampagne	Europäische Union - DG I
EU-Nord-Süd-Politik	terre des hommes Deutschland
Hermes-Kampagne	Private Sponsoren
UNO-Reform	Stiftung Entwicklung & Frieden, Frankfurter Rundschau
Verschuldung	Solidaritätsfonds von Bündnis 90 / Die Grünen
Globalisierung	MdEP Kreissl-Dörfler (Bündnis 90 / Die Grünen)
Debate 21	Bundesministerium f. wirtschaftl. Zusammenarbeit u. Entwicklung
Regulierung internationaler Finanzmärkte	Deutscher Gewerkschaftsbund
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	Arbeitsamt
Sonderdienste des Infobriefs W&E	Landesamt für EZ Bremen

WEED-Publikationen 1999

Broschüren und Arbeitspapiere

Schuldenreport 1999 - Auswege aus den Schuldenkrise der Entwicklungsländer.
Jan. 1999. 76 S., 35 Grafiken und Tabellen.

Belohnen - Beschämen - Bestrafen: Globale Vereinbarungen und ihre Durchsetzung.
April 1999, 48 S.

Global Governance: Möglichkeiten und Grenzen von Alternativen zur neoliberalen
Globalisierung. Vorabfassung einer Kooperationsstudie von Heinrich-Böll-Stiftung /
WEED. 108 S.

Global Player EU: Die Nord-Süd-Politik der Europäischen Union, Studie von Miriam van
Reisen, Hg.: WEED und terre des hommes, April 1999, 76 S.

Farewell to Lomé? - The Impact of Neo-liberal EU Policies on the ACP Countries.
Englische Dokumentation einer Internationalen Tagung im April 1999. 72 S.

Background Paper on the Ongoing ACP-EU Negotiations on the Future of the Lomé
Convention. Englischs Hintergrundpapier. Juli 1999. 22 S.

Der Weg nach Seattle: Vor der „Millenium-Runde“ der WTO - Perspektiven der neuen
Welthandelsrunde. WEED-Arbeitspapier 1/99, Juni 1999

Die Kölner Schuldeninitiative: Noch keine Lösung der Schuldenkrise. Bewertung der
Beschlüsse des Kölner Weltwirtschaftsgipfels zum Schuldenerlass gegenüber den
ärmsten Ländern. WEED-Arbeitspapier 2/99, Juli 1999

Sonderdienste des Informationsbriefs Weltwirtschaft & Entwicklung

Weltfinanzen in der Krise

- I. Die Asienkrise am Beispiel Thailands: Von der Boomwirtschaft zum sozialen Niedergang
- II. Von Birmingham nach Köln: Die neuen Globalisierungsgipfel

EU-Europa und die Dritte Welt

- I. Chancen für ein sozial-demokratisches Europaprojekt?
- II. Verschuldung und Strukturanpassung in den AKP-Ländern
Die Europäische Union als Gläubigerin des Südens
- III. Abschied von Lomé? Memorandum zur EU-Politik gegenüber den AKP-Staaten
- IV. Die neue Freihandelspolitik der EU